

tik gilt auch an der Umsetzung des Programms, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung von Bauern in Infrastrukturprojekten wie Straßen- und Brückenbau und Ausbau des Trinkwassernetzes. Anfänglich seien die Bauern mit Lebensmitteln bezahlt worden, in den Folgejahren jedoch mit qualitativ minderwertigen Industriegütern. Viele der Infrastrukturprojekte verharren außerdem in halbfertigem Zustand, wenn die lokalen Verwaltungen kein Geld mehr für die Fortsetzung der Arbeiten hätten. Ein weiteres Problem sei die Umlenkung von Finanzmitteln der Zentralregierung für die Armutsbekämpfung durch die lokalen Verwaltungen, die diese für Lohnzahlungen oder in den Aufbau der lokalen Industrie investiert hätten. (SCMP, 28.4.96) -schü-

*(24)

Wichtige Rolle der Privatunternehmen für Beschäftigung

Angaben des Staatlichen Statistikamtes zufolge arbeitet inzwischen jeder zwölfte Beschäftigte in einem Privatunternehmen bzw. in Familienbetrieben. In der Periode des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) waren 55,7 Mio. Menschen in diesen Betrieben beschäftigt. Die jährliche Beschäftigung erhöhte sich von 1990 bis 1996 um 19,7% bzw. um 6,6 Mio. Menschen.

Vorläufigen Statistiken zufolge betrug das registrierte Kapital dieser privaten Unternehmen und Familienbetriebe 1995 insgesamt 444 Mrd. Yuan (53 Mrd. US\$) und war damit um das Neunfache höher als 1990. Im letzten Jahr gab es 26 Mio. registrierte private Unternehmen und damit 11,5 Mio. mehr als 1990. Das Unternehmensvermögen erhöhte sich in dem Fünfjahreszeitraum um das Dreifache; im Durchschnitt betrug der Vermögenswert 400.000 Yuan. Unter den privaten Unternehmen rangierten 46.000 mit einem registrierten Kapital, das größer als 1 Mio. Yuan war; 7.000 Unternehmen verfügten über ein Kapital von über 5 Mio. Yuan.

Vorläufigen Angaben nach haben die privaten Unternehmen in den letzten fünf Jahren rd. 14 Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt. Ihr Beitrag zu den insgesamt neu geschaffenen Stellen betrug 40%. Werden nur die ländlichen Gebiete betrachtet, dann stellten die privaten Unternehmen mit einem Anteil von 30% für rd. 19 Mio. Menschen neue Arbeitsplätze bereit und waren

somit ein entscheidender Faktor im chinesischen Arbeitsmarkt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.4.96, nach SWB, 8.5.96) -schü-

Taiwan

*(25)

Amtseinführung von Li Denghui als erster direkt gewählter Präsident

Am 20. Mai wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 73) zum 9. Präsidenten der Republik China vereidigt. Wie berichtet (C.a., 1996/3, S. 262 ff.), hat er am 23. März d.J. die erste direkte Präsidentschaftswahl mit einer deutlichen Mehrheit von 54% der abgegebenen Stimmen gewonnen. Bereits 1988 hatte er als Stellvertreter von Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) nach dessen Tod das Präsidentschaftsamt übernommen. 1990 wurde er von der alten Nationalversammlung für sechs Jahre gewählt. Gemäß den neuen "Zusatzartikeln der Verfassung" beträgt künftig die Amtsperiode des Präsidenten nur vier Jahre.

Unter Li Denghuis Führung hat die Regierung der KMT (Kuomintang), die 1949 nach der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan übergewechselt war, den Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina aufgegeben und verfolgt in der Chinapolitik das Prinzip von "einem Staat mit zwei gleichberechtigten politischen Gebilden". Hingegen betrachtet Beijing die Insel Taiwan nach wie vor als eine Provinz der VR China. Infolge Li Denghuis "privaten" Besuchs im Juni 1995 in den USA, die seit 1979 statt mit der Republik China (Taiwan) mit der VR China diplomatische Beziehungen unterhalten, drohte Beijing Taiwan mit einer Reihe von Kriegsmanövern einschließlich Raketenschießübungen in der Taiwan-Straße. Um die Stimmen für die Unabhängigkeit Taiwans einzuschüchtern, erreichte die jüngste Krise in der Taiwan-Straße unmittelbar vor der o.g. Präsidentschaftswahl Taiwans im März einen Höhepunkt. (C.a., 1996/3, Ü 21) Nach der Wahl hat sich die Lage zwar entspannt, doch bleiben die Beziehungen zwischen beiden Seiten immer noch kühl. Für die Wiederaufnahme der inzwischen unterbrochenen halbamtlichen Gespräche beider Seiten verlangt Beijing von Taiwan, zum "Ein-China-Prinzip" zurückzukehren.

In seiner Inaugurationsrede vom 20. März sagte der alte und neue Präsident Li Denghui, daß keine nationale und kulturelle Identitätsfrage zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehe. Es gebe nur Streit um das politische System und die Lebensweise. "Hier haben wir weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, einen Kurs auf die sog. 'taiwanesischen Unabhängigkeit' zu nehmen." Zugleich betonte er aber: "Es ist eine Tatsache, daß beide Seiten der Taiwan-Straße aus historischen Gründen seit über 40 Jahren getrennt regiert werden. Es ist allerdings auch eine Tatsache, daß beide Seiten die Einigung des Staates verfolgen." Er appellierte an Beijing, die Feindseligkeiten zwischen beiden Seiten zu beenden. Er sei bereit, für den Frieden das chinesische Festland zu besuchen und dort mit dem Spitzenführer, also Jiang Zemin, zu verhandeln. "Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Chinesen im 21. Jahrhundert die historische große Sache einer friedlichen Vereinigung erfüllen können", unterstrich er zum Schluß seiner Rede. (LHB, 20.5.96; ZYRB, 21.5.96; FCJ, 24.5.96)

Li Denghui hat früher schon mehrmals seine Bereitschaft geäußert, Jiang Zemin bei internationalen Gelegenheiten begegnen zu wollen. Auch Jiang Zemin hat Ende Januar des vergangenen Jahres in einer Rede über die Grundsätze der Beijinger Taiwanpolitik seine Bereitschaft geäußert, Taiwan zu besuchen. Er werde ebenfalls einen Besuch Li Denghuis in einer "entsprechenden Eigenschaft" auf dem Festland begrüßen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß Li nur als Parteichef der KMT Beijing besuchen dürfe. (Dazu siehe C.a., 1995/2, Ü 30.) Hingegen meinte der Vorsitzende des Komitees für die Angelegenheiten vom Festland der Taipeier Regierung, Zhang Jingyu (Chang King-yuh), wenn Präsident Li Denghui das Festland besuchen würde, dann nur als Staatsoberhaupt. (CP, 21.5.96) Li selbst sagte in seiner o.g. Rede, er mache die Friedensreise, wenn es der Staat brauche und das Volk sie unterstütze. Er werde "den Konsensus und Willen der 21 Millionen Landsleute" Taiwans repräsentieren. Darüber hinaus hat er in derselben Rede die Republik China als einen souveränen Staat seit eh und je bekräftigt. Sie werde weiterhin die "pragmatische Außenpolitik" betreiben, um damit für ihre 21 Mio.-Bevölkerung Bewegungsraum und die verdiente Würdigung in der internationalen Gesellschaft zu bekommen.

Auf Lis Rede reagierte Beijing kühl. Das Büro für die Angelegenheiten Taiwans unter dem Staatsrat (Regierung) warf ihm in einer Erklärung vom 20. Mai vor, China mit dem Anspruch auf Souveränität und der Fortsetzung der "pragmatischen Außenpolitik" Taiwans weiter zu spalten. Die taiwanische Behörde, so hieß es, müsse zuerst mit ihrer Aktivität zur Schaffung von "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" aufhören. Sie solle nicht nur verbal, sondern auch in der Tat zu dem "Ein-China-Prinzip" stehen und konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und zur Förderung der friedlichen Vereinigung unternehmen. (LHB, 21.5.96; FAZ, 22.5.96) Jiang Zemin bezeichnete am 24. Mai Lis Versprechen als Phrase, mit der er die Bevölkerung Taiwans täuschen wolle. (SCMP, 25.5.96) Beijings Außenminister, Qian Qichen, sagte, Li könne als Vorsitzender der KMT, nicht aber als Präsident das Festland besuchen. (FAZ, 24.5.96) Nach diesen Äußerungen zeichnet sich in den eingefrorenen Beziehungen zwischen beiden chinesischen Seiten nach wie vor kein Durchbruch ab.

Beijing wird Taiwan weiterhin international isolieren. Auch innenpolitisch sind in Taiwan nach der neuen Amtseinführung Li Denghous kaum große Veränderungen zu erwarten. Durch die Direktwahl hat sich Lis Position als "starker Mann" Taiwans noch verstärkt. Auf der anderen Seite verfügt seine Regierungspartei in dem im letzten Dezember gewählten neuen Gesetzgebungsorgan nur über eine schwache Mehrheit. Auch in der im März d.J. neugewählten Nationalversammlung fehlt es der Partei an der für eine Verfassungsänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Daher wird jede politische Reform ohne Einverständnis der Opposition schwerer. So gab es bei der Amtseinführung bereits Streit um den Veranstaltungsort. Gesetzmäßig mußte der Präsident seinen Amtseid in der von der großen Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) regierten Hauptstadt Taipei ablegen. Die prächtigen Gratulationsfeierlichkeiten mit 21 Schuß Salut und einem 500 Mann starken Chor zum Amtsantritt fanden jedoch in einem großen Stadion in dem von der KMT regierten Kreis Taoyuan statt. An der Zeremonie nahmen 15.000 Menschen und zehn ausländische Staatsoberhäupter teil. -ni-

*(26)

Die "Neue Partei" im Aufschwung

Während die Regierungspartei KMT (Kuomintang) infolge der Korruption und Reformunfähigkeit unter Einbußen ihres Images leidet und die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) wegen des Flügelkampfes von einer Spaltung bedroht ist, befindet sich die NP (New Party) als die dritte politische Kraft auf der Insel zur Zeit im Aufschwung. Diese, eine Splitterpartei aus der KMT, wurde wie berichtet (C.a. 1993/8, Ü 39), im August 1993 gegründet. Laut ihrer Gründungsdeklaration vertritt sie die "kleinen Leute" und wendet sich gegen die Einflußnahme durch Geldzuwendungen großer Unternehmen auf die Politik. Sie hält an den Ideen Sun Yat-sens (Sun Yixian), dem Gründer der KMT und Staatsvater der Republik China, fest, will aber organisatorisch keine straffe Kaderpartei wie die KMT oder DPP sein, sondern vertritt den Kurs einer "weichen" oder "Wahlpartei" nach dem Modell der USA-Parteien.

Da die NP politisch deutlich gegen eine Unabhängigkeit Taiwans und für die Aufrechterhaltung der Einheit Chinas eintritt und da ihre Gründungsmitglieder meistens vom chinesischen Festland stammen, wird sie von vielen als "Festländer-Partei" oder "konservative Partei" bezeichnet. Doch verhält sie sich im Vergleich zu den beiden großen Parteien noch reformfreundlicher, und ideologisch will sie auch den Kommunismus nicht akzeptieren. Während die Partei bei den Kommunal- und Provinzwahlen Anfang bzw. Ende 1994 in den Ballungsgebieten im Norden der Insel, wo mehr Festlandstämmige wohnen, nur einige Sitze hinzugewinnen konnte (C.a., 1994/1, Ü 38 und 1994/12, Ü 30), erzielte sie bei den Wahlen zum Gesetzgebungsorgan im Dezember vorigen Jahres und zur Nationalversammlung im März d.J. schon einen merklichen Durchbruch. Nicht mehr nur im Norden, sondern auch in Mittel- und Südtaiwan hat die Zahl der von ihr gewonnenen Stimmen deutlich zugenommen. Die Stimmen wurden offenbar nicht nur von Festländern, sondern auch von Einheimischen abgegeben. Mit einem Anteil der Sitze von jeweils rund 13% in den beiden Parlamentsorganen stellt sie sich als Zünglein an der Waage bei der Gesetzgebung und Verfassungsänderung dar.

Die NP, die erst drei Jahre existiert, hat z.Z. rund 67.000 Mitglieder, d.h. fast so viele wie die 10 Jahre alte DPP mit

70.000 Mitgliedern. Sie hofft, die Mitgliederzahl der DPP noch in diesem Jahr zu übertreffen. Der amtierende DPP-Vorsitzende Zhang Junhong (Chang Chun-hung) bestätigte am 5. Mai, daß die NP im Vergleich zu seiner eigenen Partei unter den Frauen und Jugendlichen mehr Sympathien genießt. (LHB, 6.5.96)

Dem stellvertretenden Generalsekretär der NP, Ho Jeng-sheng, zufolge will die Partei ihre Basisarbeit verstärken. Bislang ist sie hauptsächlich in den staatlichen Parlamentsorganen vertreten. In Zukunft wird sie sich mehr für die kommunale Politik einsetzen. Außerdem wurde kürzlich ein neues Komitee gegründet, das sich u.a. um die Angelegenheiten der Minderheiten, Frauen, Jugendlichen und Arbeiter kümmert. Ein Teil der 14 Mitglieder des Komitees gehört nicht zur Partei. (FCJ, 3.5.96) -ni-

*(27)

Offizielle Voraussage der Wirtschaftswachstumsrate 1996 revidiert

Das für Statistiken zuständige Amt DGBAS (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics) hat am 17. Mai die von ihm ursprünglich vorausgesagte reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 1996 von 6,36% auf 6,17% gesenkt. Im ersten Quartal d.J. hatte das BIP Taiwans real einen Zuwachs von 5,31% zu verzeichnen und war damit niedriger als die Erwartung von 5,82%. Im gleichen Quartal des Vorjahres lag es noch bei 6,98%. Für die Verlangsamung der Wachstumsrate werden die politischen und militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße verantwortlich gemacht. Vor allem die Exporte und privaten Investitionen Taiwans gingen durch Beijings Drohgebärden gegenüber Taiwan in bezug auf eine Reihe von Kriegsmäßen samt Raketenschießübungen zurück. Mit 9,31% lag die Steigerungsrate des Exportwerts in den ersten drei Monaten d.J. weit hinter der des entsprechenden Vorjahreszeitraums mit 23,12%. Beim entsprechenden Vergleich sank die Wachstumsrate der privaten Investitionen von 5,23% auf 4,31%. Vorher hatte das DGBAS für das erste Quartal eine Jahressteigerung der Exporte um 14,26% und der privaten Investitionen um 12,37% erwartet. (FCJ, 24.5.96) Dem Wirtschaftsministerium zufolge fiel der Index der Industrieproduktion von Januar bis April gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,25%. (ZZ, 31.5.96)

Infolge der militärischen Krise beschleunigte sich auch die Kapitalflucht in den ersten drei Monaten d.J., die der Zentralbank zufolge eine Höhe von 4.008 Mio.US\$ erreichte. Die internationale Zahlungsbilanz wies ein Quartalsdefizit von 6.435 Mio.US\$ auf. (LHB, 21.5.96) Nachdem die Lage in der Taiwan-Straße wieder entspannter ist, läßt sich eine Wende bei der Kapitalbewegung erkennen. Denn die Devisenreserven der Zentralbank, die Ende März auf einen Tiefstand von 82,45 Mrd.US\$ gefallen waren, stiegen im April wieder auf 84,7 Mrd.US\$, womit die Insel weltweit erneut hinter Japan an zweiter Stelle steht. (LHB, 15.5.96; FCJ, 31.5.96)

Die gedämpfte Konjunkturlage schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Die Erwerbslosenquote lag in den ersten vier Monaten d.J. im Durchschnitt bei 2,15%, d.h. 0,61% höher als vor einem Jahr. (LHB, 24.5.96)

Positiv zeigt sich die Preisentwicklung. Die Inflationsrate betrug in den genannten drei Monaten 2,93% und lag damit niedriger als die ursprüngliche DGBAS-Schätzung mit 3,8%. (FCJ, 24.5.96) -ni-

Hongkong und Macau

*(28)

Niedrige Wachstumsrate der Wirtschaft Hongkongs im letzten Quartal des vorigen Jahres

Jüngsten offiziellen statistischen Angaben der Hongkonger Regierung zufolge hatte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Territoriums im 4. Quartal 1995 gegenüber dem Vorjahreszeitraum real nur eine Steigerung von 3,2% zu verzeichnen, die niedrigste seit fast sechs Jahren - im 1. Quartal 1990 hatte es bei 0,5% gelegen. Verantwortlich dafür waren die anhaltende Zurückhaltung der Konsumtion, die Verzögerung der privaten Investitionen sowie die verlangsamten Exporte.

Während die Reexporte im Jahresvergleich in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres real um 9,7% stiegen, fielen die Exporte einheimischer Produkte um 5,2%. Auf der anderen Seite erhöhten sich die Importe um 8%. Bei Dienstleistungen nahmen die Ex- und Importe beim selben Vergleich um 9,1% bzw. 3,7% zu. Der private Ver-

brauch hatte im gleichen Zeitraum nur eine Jahreszuwachsrate von 0,8% zu verzeichnen.

Das BIP des gesamten Jahres 1995 belief sich nach offiziellen Angaben auf 1.111,4 Mrd. HK\$ (umgerechnet rund 143,61 Mrd. US\$). Damit wies es gegenüber 1994 ein Wachstum von nominell 9,3% und real von 4,6% aus. Die reale Zuwachsrate von 1994 wurde offiziell von 5,4% auf 5,5% nach oben revidiert. Für das laufende Jahr wird es nach offizieller Voraussage eine reale Zuwachsrate von 5% geben. Zwischen 1990 und 1995 lag die durchschnittliche reale Zuwachsrate bei 5,5%. Das Pro-Kopf-BIP Hongkongs erreichte im letzten Jahr eine Höhe von 179.552 HK\$ (rd. 23.198 US\$). (AWSJ, FT und XNA, 7.5.96; *Hong Kong in Figures*, 1996 Edition, Census and Statistic Department, Hongkong) -ni-

*(29)

Beijings Erläuterung zur Nationalitätsfrage in Hongkong nach der Wende 1997

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China hat am 15. Mai einen Beschluß zur Erläuterung der Nationalitätsfrage Hongkongs nach dessen Rückgabe an China am 1. Juli 1997 verfaßt. Danach sind alle Hongkonger Bürger chinesischer Abstammung (*Zhongguo xuetong*) auch Bürger der VR China, selbst wenn sie einen britischen Paß in irgendeiner Form besitzen. Diese dürfen zwar ihr britisches Dokument bei Auslandsreisen benutzen, doch sie genießen damit weder in Hongkong noch in China britischen Konsularschutz. Dies gilt auch für diejenigen Hongkonger Bürger, die ein Aufenthaltsrecht für ein anderes Land haben. Anträge auf den Verzicht der chinesischen Nationalität werden erlaubt. (DGB, 17.5.96; SCMP, 16.5.96)

Wie berichtet (C.a., 1996/1, Ü 30; 1996/4, Ü 27), zählt Hongkong über 6,1 Millionen Einwohner, davon haben 700.000 einen ausländischen Paß. Darüber hinaus besitzen rd. 3,5 Millionen einen Paß als "British National Overseas" und 140.000 als "British Nationality (Hong Kong)". Problematisch bleibt die Frage der 3.000-5.000 ethnisch Nicht-Chinesen. Es handelt sich hauptsächlich um Inder, die weder die britische noch die chinesische Nationalität bekommen können. Sie werden also staatenlos. (SCMP, 2.5.96) Zwischen dem britischen Außenminister

Malcolm Rifkind und seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen wurde vor kurzem vereinbart, daß dieser Personenkreis auch nach der Wende 1997 sein Aufenthaltsrecht in Hongkong weiterhin wahrnehmen kann. -ni-